



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	5
	Außenpolitik	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Beziehungen zur Türkei	9
	Innenpolitische Entwicklungen	10
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

FES NEWS

We are happy to announce that several of our events are now available on the FES YouTube-Channel. Please find the links on our website,
<http://www.fescyprus.org/pages/english/home.php>

1. Das Zypernproblem

Wie schon im vorherigen Monat, analysierten die betroffenen Parteien auch im November die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen und berieten über ihr weiteres Vorgehen. Vor den für den Januar 2018 geplanten griechisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen werden jedoch keine größeren Fortschritte erwartet. Lediglich das für Mitte Dezember geplante Treffen zwischen dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras und dem türkischen Präsidenten Recep Tayip Erdogan könnte Bewegung in die festgefahrene Situation bringen.

Nach Berichten der Tageszeitung *Cyprus Mail*, schlug der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Nicos Anastasiades vor, dass UN-Generalsekretär Antonio Guterres im Rahmen einer Pendeldiplomatie erkunden könne, ob die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der Vereinigungsverhandlungen gegeben seien. Anastasiades unterbreitete Guterres diesen Vorschlag am Rande der UN-Generalversammlung im September in New York. Konkret beinhaltet dies, dass gründliche Vorbereitungen für eine mögliche weitere Zypernkonferenz getroffen werden müssten, um weitere Fehler zu vermeiden und um es beiden Seiten zu ermöglichen, ihre Vorschläge – auch mit möglichen Vorbehalten – schriftlich vorzulegen. Auf diese Weise könne ein erfolgreicher Abschluss der Gespräche

erreicht werden. Anastasiades unterstützt die Aufnahme einer Pendeldiplomatie entweder durch die UN, oder eine profilierte Persönlichkeit oder ein anderes Land – beispielsweise ein Mitglied des Sicherheitsrates -- welches von beiden Seiten als unparteiischer Vermittler akzeptiert würde.

Am 14. November, noch vor seiner Rede zum 34. Jahrestag der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der TRNZ¹, forderte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci eine neue Herangehensweise in den Verhandlungen, um eine Sackgasse wie jene in Crans-Montana zu verhindern. Laut Akinci könnte eine mögliche Miteinbeziehung des UN-Generalsekretärs in Betracht gezogen werden. Akinci betonte des Weiteren, dass es für die türkisch-zypriotische Seite unmöglich sei, die Verhandlungen in derselben unproduktiven und ergebnislosen Form weitere 50 Jahre fortzusetzen. Als Antwort auf Akincis Kommentare erklärte Regierungssprecher Nicos Christodoulides, dass es keinen neuen Rahmen für die Lösung des Zypernproblems geben könne.

Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu sagte, dass Vertreter der UN und der EU die konstruktiven Bemühungen der türkischen Seite bei den Verhandlungen beobachten konnten und dass dies immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen glaubhaft bestätigt worden

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regie-

rung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

sei. Die Türkei werde sich weiterhin bemühen, eine Lösung zu finden aber auch die Isolation der TRNZ zu beenden. Man werde daher die TRNZ bei der Öffnung neuer Vertretungen im Ausland und der Anerkennung der türkisch-zypriotischen Staatsbürgerschaft in weiteren Ländern unterstützen.

Derweil vertrat Erzbischof Chrysostomous öffentlich den Standpunkt, dass die Mehrheit der griechischen Zyprioten unter 50 nicht glaube, dass eine föderale Lösung funktionieren könne, und dass niemand eine föderale Lösung wolle. Er gab zudem an, dass er nicht gegen eine Zweistaatenlösung sei. Als er gefragt wurde, ob sich dies auf zwei Staaten innerhalb einer Föderation beziehe, antwortete der Erzbischof, dass im Falle einer schlechten Lösung des Zypernproblems keine Lösung die bessere Lösung sei.

In einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenseite *The Hill* vom 28. November, erklärte der türkisch-zypriotische Außenminister Tahsin Erugruloğlu, dass er seine Bemühungen um eine Anerkennung des Nordens auf die USA und die internationale Gemeinschaft konzentriere. Seinen Angaben zufolge seien keine neuen Friedensgespräche geplant und die TRNZ werde auf ihre Unabhängigkeit dringen.

Am 28. November reiste der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter, Mustafa Akinci, nach London, um die Vertreter der dort lebenden türkischen Zyprioten sowie Abgeordnete des britischen Unterhauses zu Gesprächen zu treffen. Darüber hinaus informierte er die türkisch-zypriotischen Vertreter von Regierungs-

organisationen über den Stand des Zypernproblems.

Der Generalsekretär der türkisch-zypriotischen Lehrgewerkschaft KTOS, Sener Elcil, besuchte die griechisch-zypriotische Ombudsfrau Maria Stylianou-Lottides. Bei dem Treffen ging es um die Weigerung der griechisch-zypriotischen Regierung, Kindern von türkischen Zyprioten mit ausländischen Ehepartnern die zypriotische Staatsbürgerschaft zu geben. Elcil wies darauf hin, dass seit 1974 17.000 Ehen zwischen türkischen Zyprioten und Türken geschlossen wurden, aber weder deren Kinder noch der türkische Ehepartner die zypriotische Staatsbürgerschaft bekommen haben. Anträge seien unbeantwortet zurückgeschickt worden. Diese Menschen seien, so Elcil, die Sündenböcke der Ereignisse von 1974 und dieser Zustand verletze deren Menschenrechte. Stylianou-Lottides erklärte, dass jeder, der Zweifel an dem Verfahren habe, eine offizielle Beschwerde in ihrem Büro einreichen könne. Man werde dieser Beschwerde dann nachgehen.

Eine 39-köpfige Reisegruppe aus Israel, die einen Hotelaufenthalt im Norden gebucht hatte, wurde an der Passkontrolle im Flughafen von Larnaka an der Einreise gehindert. Bereits im September begann die zypriotische Regierung damit, Touristen aus Nicht-EU-Staaten, die in Larnaka oder Paphos landeten und in Hotels im Norden, die ursprünglich griechischen Zyprioten gehört hatten, übernachten wollten, zurückzuweisen. Den Beamten am Flughafen liegt eine Liste des Außenministeriums mit den betroffenen Hotels vor.

2. Gasvorkommen

Am 5. November trafen sich Präsident Nicos Anastasiades und der CEO des Energieunternehmens TOTAL, Patrick Pouyanne, in Paris. Im Anschluss an das Treffen wurde bekannt, dass die Bohrarbeiten in Zusammenarbeit mit dem italienischen Energieunternehmen ENI im Block 6 in Zyperns exklusiver Wirtschaftszone demnächst beginnen sollen. Am 6. November berichtete die französische Tageszeitung *Le Figaro*, dass TOTAL und ENI gemeinsam die Arbeiten in dem vor der Küste Zyperns gelegenen Block Anfang 2018 aufnehmen wollen.

Nach einem weiteren Treffen zwischen Präsident Anastasiades und dem CEO von ENI, Claudio Descalzi, gab der griechisch-zypriotische Energieminister Giorgos Lakkotrypis, am 24. November bekannt, dass innerhalb der nächsten zwei Monate zwei Erkundungsbohrungen mit dem Ziel, Erdgasvorkommen in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns zu lokalisieren, geplant seien. Die erste Bohrung soll im Dezember im Kalypso-Feld im Block 6 durchgeführt werden. Dem soll eine weitere Bohrung im Tintenfisch-Feld im Block 3 folgen. Es wird erwartet, dass die Türkei, welche das Gebiet von Block 6 als Teil ihres Festlandssockels betrachtet, mit Verärgerung auf die Ankündigung reagieren wird.

Am 27. November erklärte der türkische Premierminister Recep Akdag, dass die Türkei die Rechte der türkischen Zyprioten im Hinblick auf die Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer nicht preisgeben werde. Akdag fügte hinzu, dass der Verhandlungsprozess über eine Lösung der Zypernfrage für die Türkei beendet sei. Es könne

jedoch ein neuer Prozess eingeleitet werden, in dessen Folge die Türkei und die türkischen Zyprioten ihren eigenen Weg gehen und neue Infrastrukturprojekte umsetzen würden.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach Angaben der zypriotischen Zentralbank nahm die Spanne zwischen Einlagen und Krediten bei den zypriotischen Banken im Oktober ab und lag bei 3,1 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit Januar 2013, zwei Monate vor dem Bail-In-Programm. Die Einlagen nahmen demnach im Oktober um 335,1 Millionen Euro zu und standen bei 49,5 Milliarden Euro, während die Kredite um 110 Millionen Euro auf 52,5 Milliarden Euro fielen, was wiederum der niedrigste Stand seit September 2008 ist.

Nach Angaben des Amtes für Staatsverschuldung verkaufte die Regierung am 27. November auf einer Auktion Schatzanweisungen mit einer 13-wöchigen Laufzeit für insgesamt 100 Millionen Euro und einer Durchschnittsquote von minus 0,1%, der bisher niedrigsten. Im Vergleich mit der vorhergehenden Auktion am 30. Oktober nahm die Durchschnittsquote um drei Basispunkte ab.

In einem auf den 27. November datierten Bericht mit dem Titel „Die Regierung Zyperns – Ba3 Positive, Jährliche Kreditanalyse“ des Investitionsdienstleisters Moody's wurde dargelegt, dass die zypriotische Wirtschaft trotz des robusten Wachstums und gesunder öffentlicher Finan-

zen starken Herausforderungen gegenübersteht. Diese seien vor allem die geringe Größe der zypriotischen Wirtschaft, die schwach ausgeprägte Diversifizierung und die hohe Verschuldung. Sarah Carlson, Vize-Direktorin von Moody's und Autorin des Berichts, betont, dass das Wachstumsmoment der zypriotischen Wirtschaft zusammen mit den gesunden öffentlichen Finanzen das Verhältnis der Schuldenquote zum BIP 2016 zum ersten Mal seit 2008 verringert habe. Moody's geht von einer Verringerung dieser Quote auf fast 100% bis Ende 2017 aus. Zypern habe zudem den Zugang zu den Finanzmärkten zurückerlangt und verfüge dem Bericht zufolge über Bargeldreserven, welche die Finanzierungsbedürfnisse für das nächste Jahr decken. Des Weiteren gibt der Report an, dass die Wirtschaftsleistung, welche in diesem Jahr um 3,5% zunehmen soll, 2018 um 3,2% wachsen werde. Diese steigt somit zum vierten Mal in Folge, nachdem Zypern 2015 aus einer längeren Rezession herausfand. Der Bericht enthält keine Ratingmaßnahme. Moody's erhöhte Zyperns Bonität das letzte Mal vor zwei Jahren um zwei Stufen auf B1 – vier Stufen innerhalb der sogenannten Ramschanleihen.

Nach Informationen der britischen Vereinigung für Rechnungsprüfer (Royal Institute of Chartered Surveyors – RICS) sind die Preise für Eigenheime von April bis Juni in dem sechsten Quartal in Folge gestiegen, nachdem die Preise im vierten Quartal 2015 den niedrigsten Stand erreicht hatten. Dies gehe mit einer Erholung bei den Immobilienpreisen für gewerbliche Flächen einher. Die Preise für Wohnungen und Häuser stiegen im zweiten Quartal um 1,5% bzw. 1,6%, wobei der größte Anstieg in Limassol mit 3,8%

pro Quartal zu verzeichnen sei. Der Preisanstieg für Ferienwohnungen und Ferienstudios lag bei 2,6% bzw. 1,9%. Verglichen mit dem zweiten Quartal 2016 nahmen die Preise für Wohnungen und Einfamilienhäuser auf der gesamten Insel zwischen April und Juni um 6,2% bzw. 4,7% zu.

Nach Angaben von Cystat wuchs die Wirtschaft zwischen Juli und September auf das Jahr berechnet um 3,8% und auf das Quartal berechnet um 0,9%. Im dritten Quartal lag das Wirtschaftswachstum saisonbereinigt - wie im zweiten Quartal – bei 3,9%. Dies lässt sich im dritten Quartal vor allem auf ein Wachstum beim Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzel- und Großhandel, sowie im Baugewerbe und der Industrie zurückführen. Dem stand ein schwächeres Wachstum in der Finanz- und Versicherungsbranche entgegen.

Derweil konnte die Regierung im dritten Quartal einen Haushaltsüberschuss von 366,7 Millionen Euro verzeichnen, während im Vorjahreszeitraum ein Überschuss von 185,8 Millionen Euro erwirtschaftet werden konnte. Insgesamt erhöhten sich die Einnahmen zwischen Juli und September um 12% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und lagen bei 2 Milliarden Euro, während die Ausgaben um 2% auf unter 1,7 Milliarden Euro zunahmen.

Innenpolitische Entwicklungen

Laut einer Umfrage des staatlichen Fernsehsenders CyBC vom 24. November kann Präsident Nicos Anastasiades mit einem deutlichen Sieg über die zwei möglichen Gegenkandidaten in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen im

Februar, Stavros Malas oder Nicolas Papadopoulos, rechnen. Laut einer Stichprobe von 1.100 zufällig ausgewählten Bürgern, die telefonisch von Cymar zwischen dem 14. und 18. November befragt wurden, führte Anastasiades mit 27% in den Umfragen. Der von der AKEL unterstützte Kandidat Stavros Malas und der Kandidat der DIKO, Nicolas Papadopoulos, der ebenfalls von der sozialdemokratischen EDEK, der Solidaritätsbewegung und den Grünen unterstützt wird, lagen beide bei 13,5%. Der Vorsitzende der rechtsextremen Partei ELAM, Christos Christou, lag mit 4% überraschenderweise auf dem vierten Platz noch vor dem Vorsitzenden der Bürgerallianz, Yiorgos Lillikas, der 2% erhielt. Wenn die Umfragergebnisse hochgerechnet werden, liegt Anastasiades in der ersten Runde mit 44% vorne, während Malas und Papadopoulos mit 22%, Christou mit 7% und Lillikas mit 3% in den Umfragen weit hinter Anastasiades liegen.

Außenpolitik

Zypern unterzeichnete gemeinsam mit 22 weiteren Staaten am 13. November das EU-weite Verteidigungsbündnis „Pesco“. Die Vereinbarung zur Einrichtung einer Verteidigungskooperation wurde von den Außen- und Verteidigungsministern aus Österreich, Belgien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Kroatien, Zypern, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Slowenien, der Slowakei, Spanien und Schweden unterzeichnet. Die Vereinbarung umfasst alle Länder innerhalb der EU ausgenommen Großbritannien, welches die Union verlas-

sen wird, Dänemark, welches nicht an einem Verteidigungsbündnis beteiligt sein möchte sowie Irland, Portugal und Malta. Die Unterzeichnerstaaten wollen mit Hilfe von Pesco ihre Verteidigungsfähigkeit ausbauen, in gemeinsame Projekte investieren und ihre Einsatzbereitschaft sowie die Beteiligung ihrer Streitkräfte verstärken. Dies ist ein Schritt hin zu einer vollständigen Europäischen Verteidigungsunion, die bis 2025 geschaffen werden soll. Anastasiades begrüßte diese Entwicklung und erklärte, dass zum ersten Mal ein Schutzschild errichtet worden sei, welches Zyperns Grenze nach außen hin verteidige. Außerdem sei diese Verteidigungskooperation sehr wichtig, um das Hauptargument der Türkei zu entkräften, wonach die Anwesenheit türkischer Soldaten der Verteidigung Zyperns gegen Angriffe von außen diene.

Am 21. November bekräftigten die Regierungschefs von Zypern, Griechenland und Ägypten ihre Bereitschaft, die Partnerschaft zwischen ihren Ländern zu vertiefen, vor allem in den Bereichen Energie, Sicherheit und Terrorbekämpfung, Tourismus, Technologie und Innovation. Laut einer gemeinsamen Erklärung nach dem fünften trilateralen Gipfel in Nikosia bekräftigten Präsident Nicos Anastasiades, der ägyptische Präsident Abdel Fattah el-Sisi und der griechische Premierminister Alexis Tsipras ihre feste Absicht, ihre Partnerschaft in einer Reihe von Bereichen, die von gemeinsamem Interesse seien, weiter zu vertiefen und auszubauen. Basieren auf gemeinsamen Werten und Interessen, sollen Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand im östlichen Mittelmeer gesichert werden. Die Staatschefs wollen ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Migration, Tou-

risimus, Umwelt, Schutz von kulturellem Erbe, Informations- und Kommunikationstechnologie, Landwirtschaft und der Diaspora verstärken. In diesem Zusammenhang wurde das Kollaborative Innovations-Netzwerk Zypern, Ägypten, Griechenland (Ceg Coin) ins Leben gerufen. Die Zentrale wird in Ägypten liegen mit Zweigstellen in Zypern und Griechenland. Das Ceg Coin soll eine Plattform sein, mit deren Hilfe die drei Länder ihre Zusammenarbeit und Vernetzung verbessern sowie die Vermittlung zwischen Unternehmen intensivieren können. Des Weiteren wurde während des Gipfels die Notwendigkeit zur Diversifikation der Energieressourcen und deren Vertrieb betont. Ebenso wurde die Gewährleistung der Verfügbarkeit von Energie sowie der Bedarf zur Modernisierung und Entwicklung einer neuen Infrastruktur diskutiert. Die Staatschefs betonten ihre Bereitschaft, die Verhandlungen zur Festlegung ihrer gemeinsamen Seegrenzen schnellstmöglich voranzutreiben und forderten die Türkei auf, ihre „illegalen Aktivitäten innerhalb der zypriotischen Meereszonen abzubrechen und zukünftig zu unterlassen“.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der Streik bei der Zementfabrik Vassiliko wurde beendet, nachdem eine Vereinbarung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen hinsichtlich der Verletzung der Tarifvereinbarungen durch den Arbeitgeber vereinbart wurde. Das Ministerium für Arbeit hatte Druck auf die Parteien ausgeübt mit der Forderung, den Disput innerhalb eines Monats zu beenden.

Die Gewerkschaft PEO wählte auf ihrem regulären Kongress einen neuen Gewerkschaftsrat. Im

Vergleich zum Gewerkschaftskongress 2012 ist die Zahl der Mitglieder und der Gewerkschaftsfunktionäre gesunken. Es gab keine Veränderungen in den wichtigsten Führungspositionen. Der Kongress beschloss mit dem 2016 ins Leben gerufenen Programm zur Wiedererlangung aller während der Krise verlorenen Rechte fortzufahren.

DEDE, die Gewerkschaft der wissenschaftlichen Mitarbeiter, droht mit Streiks an der Universität Zypern, nachdem die Leitung der Universität sechs Monate verstreichen ließ, die tariflichen Vereinbarungen umzusetzen.

Die Gewerkschaften und die Cooperative Bank Zyperns konnten eine Einigung erreichen und die unterschiedlichen Tarifvereinbarung vereinheitlichen. Des Weiteren verständigten sich die Tarifparteien auf die Einführung einheitlicher Gehälter und eine Wiedereinführung des 2%igen Arbeitgeberanteils an der betrieblichen Altersvorsorge.

Die Gewerkschaft ETYK organisierte einen zwei-stündigen Streik vor der Umstrukturierungsabteilung der Bank of Cyprus. ETYK erklärte, dass man keine Wahl gehabt habe, da die Geschäftsleitung die bestehenden Vereinbarungen nicht einhalte und Tätigkeiten auslagere, was sowohl die Tarifvereinbarung aushebele als auch die Arbeitsstellen der Gewerkschaftsmitglieder gefährde.

Angestellte des öffentlichen Dienstes mit befristeten Arbeitsverträgen werden von nun an einen Arbeitsvertrag über elf anstatt acht Monate erhalten. Dies betrifft 1.665 der auf Stundenbasis angestellten Mitarbeiter.

Das Verwaltungsgericht entschied, dass es nicht die richtige Institution sei, um eine Entscheidung hinsichtlich des Antrags des privaten Rentenfonds der zyprischen Telekom zu treffen, was den finanziellen Verlust durch den Bail-in betreffe. Dies könne nur von einem Zivilgericht entschieden werden. In dem Fall geht es um den Verlust von 80 Millionen Euro, nachdem die Laiki-Bank als eigenständige Einheit abgewickelt worden war.

Am 28. November wurden die Quartiere der UN im Ledra Palace Hotel und in Skouriotissa vom Reinigungspersonal bestreikt. Die Streikenden weigerten sich, individuelle Arbeitsverträge mit den neuen Subunternehmern zu unterzeichnen. Die beiden Subunternehmer wollten die bestehenden Tarifvereinbarungen nicht anerkennen und entließen alle Angestellten. Man wolle nur jene Angestellten wiedereinstellen, die bereit seien, einen neuen Arbeitsvertrag mit schlechteren Bedingungen als im Tarifvertrag vorgesehen, zu unterschreiben. PEO wies darauf hin, dass die Haltung der Subunternehmer EU-Recht hinsichtlich der Übernahmen durch neue Subunternehmer verletze, bat um ein Treffen mit dem Beschaffungsbüro der UN und hinterlegte bei der Abteilung für Arbeitsverhältnisse des Arbeitsministeriums eine Klage.

Die Regierung kündigte die Schaffung eines neuen Rentenfonds an, der alle Angestellten des öffentlichen und halb-öffentlichen Dienstes betrifft, welche derzeit keinen Versicherungsschutz innerhalb des bestehenden Systems haben. Dies sind im Prinzip alle nach 2011 eingestellten Arbeitnehmer. Die Teilnahme an dem Rentenfond ist verpflichtend und enthält eine

Mindestbeitrag von Seiten der Arbeitgeber und –nehmer. Arbeitnehmer können – wenn sie wollen – einen höheren Beitrag leisten und haben einen Leistungsanspruch nach 36 Monaten. Dieser Anspruch besteht aus einer Pauschale und monatlichen Zahlungen, bis der Anteil des jeweiligen Arbeitnehmers aufgebraucht ist. Falls ein Arbeitnehmer den öffentlichen oder halb-öffentlichen Dienst verlässt, kann dessen Anteil in den Pensionsfond des neuen Arbeitgebers übertragen werden.

Die Firma KPMG erstellte im Auftrag des Gesundheitsministeriums einen Bericht über dessen Vorschläge hinsichtlich der Schichtarbeit von Ärzten, einer Verlängerung der Schichten des Pflegepersonals und die Einführung einer 10%igen variablen Vergütung als Leistungsanreiz. Die Gewerkschaft der Ärzte PASIKI veröffentlichte eine Erklärung, wonach sich die Regierung weigere den vollständigen Bericht von KPMG über das Gesundheitswesen zu veröffentlichen, was sie als verdächtig empfanden. PASIKI wiederholte ihren Standpunkt, wonach die öffentlichen Krankenhäuser unter Personalmangel litten, und dass die Arbeitszeitverlängerungen der Angestellten nicht realistisch seien.

Die Gewerkschaft des medizinischen Pflegepersonals innerhalb der PASIDI kommentierte die Ankündigung der Regierung, dass die Ärzte in der Notaufnahme sowie die Ärzte des Krankenhauses Kyperounta von nun an 500 Euro Zulagen erhalten werden. Die Gewerkschaft forderte, dass nun die Zeit gekommen sei, die Zulagen für das Pflegepersonal für Schichtdienst sofort und in vollem Umfang wieder einzuführen – als ein

Zeichen der Anerkennung für die schwierigen Arbeitsbedingungen.

Die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK kündigte für den 8. Dezember eine einstündige Arbeitsniederlegung und eine Demonstration vor dem Amtssitz des Präsidenten an, um gegen die „unfaire Behandlung“, was den Pensionsfond der Gewerkschaftsmitglieder betrifft, zu protestieren.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Aufgrund der angespannten türkisch-amerikanischen Beziehungen fiel der Wert der Türkischen Lira (TL) seit September um nahezu 20%. Dies erhöhte wiederum die Lebenshaltungskosten im Norden Zyperns, da nach Aussage des ehemaligen Präsidenten der Handelskammer, Gunay Cerkez, „die Einkommen in Türkischen Lira bezahlt werden, die Ausgaben jedoch auf ausländischer Währung berechnet werden oder basieren“. Meistens werden Mietkosten, Schulgebühren und Kredite in ausländischer Währung berechnet. Finanzminister Serdar Denktas sagte, dass die Regierung Erhöhungen der Brennstoffpreise nicht länger abfangen könne, da der Preisstabilisierungsfond, der 770 Millionen TL umfasste, seit Mai aufgrund der Auszahlungen an die Regierung fast leer sei.

Beziehungen zur Türkei

Der stellvertretende Premierminister der Türkei für Zypernangelegenheiten, Recep Akdag, sowie

der Parlamentssprecher, der Generalsekretär des Präsidenten und der stellvertretende Stabschef der Streitkräfte nahmen an der Feier zum 34. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der TRNZ teil. In seiner Rede während der Feier erklärte Akdag, dass die Türkei ihre Verbindung mit der TRNZ nicht aufgeben werde. Man werde nicht zulassen, dass die griechischen Zyprioten die alleinigen Besitzer Zyperns seien.

In einem Interview im türkischen Fernsehen sagte Akdag, dass das BIP pro Kopf in der TRNZ bei 13.000\$ liege. Man plane, dass BIP auf 25.000\$ zu erhöhen. Wenn Zypern ein lebenswerterer Ort werde, würde auch das Zypernproblem gelöst. Die wichtigste Forderung der Menschen in der TRNZ und „Südzypern“ sei die Verbesserung des Gesundheitswesens. Innerhalb der nächsten zwei Jahre werde die Türkei das Gesundheitswesen wiederbeleben und ein „perfektes Krankenhaus“ bauen, welches dazu beitragen werde, die beiden Bevölkerungsgruppen zusammenzuführen. Man werde in Nikosia ein Krankenhaus bauen, das den Standards der neuerbauten Krankenhäuser in Istanbul entsprechen wird. Die griechischen Zyprioten würden dieses Krankenhaus ebenfalls benutzen können. Man werde das System mit Hilfe eines wirtschaftlichen Kooperationsprogramms verbessern. Der Fokus liege derzeit auf dem Gesundheitswesen, da dies den Menschen sehr am Herzen liege. In einem anderen Zusammenhang erklärte Akdag, dass die türkische Regierung die Strompreise um 0,25 TL senken werde, indem die Insel an das Stromnetz der Türkei mit Hilfe eines Unterwasserkabels angeschlossen werde.

Professor Dr. Yekta Sarac, der Präsident des türkischen Rates für Hochschulwesen, welcher die türkischen Universitäten reguliert, besuchte den Norden Zyperns und traf sich zu Gesprächen mit dem türkisch-zypriotischen Bildungsminister Ozdemir Berova. Laut Berova sind an den Universitäten im Norden 106.000 Studierende eingeschrieben, von denen 60.000 aus der Türkei stammen. Berova erklärte, dass mit Unterstützung durch die Türkei die Isolation der TRNZ unterbrochen worden sei. Sarac unterstrich, wie wichtig eine gute Ausbildung sei und lobt die wachsende Anzahl von Universitäten im Norden. Man wolle, dass sich Zypern zu einem Hochschulzentrum entwickle. Eine Stärkung der TRNZ in diesem Bereich stärke auch die Türkei. Man sei bereit, der TRNZ dabei zu helfen, die Qualität der Bildung zu verbessern.

Des Weiteren wurde der Grundstein für ein neues Gefängnis gelegt. Dieses wird von einer türkischen und einer türkisch-zypriotischen Firma gemeinsam errichtet. Cafer Gurcafer, Präsident des türkisch-zypriotischen Unternehmerverbundes wies darauf hin, dass dieses Kooperationsmodell zwischen türkischen und türkisch-zypriotischen Unternehmen Vorbild für weitere Projekte sein sollte.

Innenpolitische Entwicklungen

Das Parlament stimmte für vorgezogene Wahlen am 7. Januar 2018. In seiner Rede vor dem Parlament betonte der stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch, dass es Probleme bei der Verabschiedung des Haushaltsplans für 2018 geben werde, wenn die Parlamentswahlen am 7. Januar stattfänden, schlug daher den 4. Februar

als alternativen Termin vor. Dieser Vorschlag wurde allerdings von der Mehrheit des Parlaments abgewiesen. Während Tufan Erhurman, der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei, der Republikanisch-Türkische Partei CTP, betonte, dass seine Partei bereit sei, alles zu tun, um den Haushaltsplan zu debattieren und schnellstmöglich zu verabschieden, sagte Premierminister Huseyin Ozgurgun, dass der Haushaltsplan erst vom neu gewählten Parlament verabschiedet werde.

Nach Informationen der Tageszeitung *Cyprus Today* hätte der Ministerrat innerhalb von zehn Tagen mehr als 500 Ausländern die Staatsbürgerschaft der TRNZ gewährt, kurz bevor die Einschränkungen im Vorfeld von den Wahlen in Kraft getreten seien. Ein Sprecher der Oppositionspartei CTP erklärte, dass seine Partei im Falle eines Wahlsieges untersuchen werde, ob die Vergabe der Staatsbürgerschaft im Einklang mit den bestehenden Gesetzen erfolgt sei.

Man kann es fast schon als eine Tradition der UBP bezeichnen, dass die Regierung vor den Wahlen ihre Bemühungen bei der Verteilung sogenannter „landwirtschaftlicher Flächen“ an junge Menschen im ländlichen Raum verstärkt hat. Man wolle damit erreichen, dass die Jugend ihre Ansprüche auf das Land geltend machten und damit die Zukunft der TRNZ weiter gestärkt werde. Diejenigen, die ein Auge auf türkisch-zypriotisches Land geworfen hätten, müssten sich anderweitig umsehen.

Die oberste Wahlbehörde gab bekannt, dass 188.668 der insgesamt 230.747 registrierten Bürger berechtigt seien, an der Wahl vom 7.

Januar 2018 teilzunehmen. Dies sind fast 16.000 mehr im Vergleich zu der Wahl 2013. Die Hälfte lässt sich auf Einbürgerungen zurückführen. Die oberste Wahlbehörde veröffentlichte ebenfalls die Anzahl der Sitze pro Distrikt. Entsprechend der Bevölkerungsgröße werden Nikosia 16, Famagusta 13, Kyrenia 10, Trikomo (Iskele) 5, Morfou (Guzelyurt) 4 und Lefka 2 Sitze haben.

Eine Gesetzesvorlage des Gesundheitsministers, wonach öffentlich angestellte Ärzte außerhalb ihrer regulären Arbeitszeiten an den öffentlichen Krankenhäusern Privatpatienten behandeln können, um ihr Einkommen zu verbessern, wurde von dem Verfassungsgericht als nicht verfassungsmäßig eingestuft. Die Gesetzesvorlage wurde formuliert, nachdem ein Gericht die Regierung dazu aufgefordert hatte, die Sperre umzusetzen. Präsident Akinci leitete auf Anraten des Justizministers den Gesetzesentwurf an das Verfassungsgericht weiter.

Das Amtsgericht Nikosia verurteilte Bertan Zyroglu (den Vorsitzenden der Hatay's People Association und Generalsekretär der Wiedergeburtspartei) zur Zahlung einer Strafe an die Abgeordnete der CTP für Nikosia, Dogus Derya, in den sozialen Netzwerken beleidigt hatte. Grund dafür war eine Rede Deryas im Parlament, in der sie Bezug auf die Vergewaltigung einer griechischen Zypriotin im Jahr 1974 nahm. Zum ersten Mal wurde ein Urteil in einem Fall von Internet-Kriminalität gesprochen und somit ein Präzedenzfall geschaffen. Zaroglus Verurteilung wurde als Schadensersatzfall formuliert, da es im Norden keine Gesetzgebung für Internet-Kriminalität gibt. Derya erklärte, dass die Klage nicht aus persönlichen Gründen erhoben worden sei.

Sie wolle Frauen in dieser Gesellschaft zeigen, dass man sich auf das Recht berufen soll, wenn man angegriffen werde und dass man den Gerichten vertrauen könne.

Premierminister Huseyin Ozgurgun und zwei seiner Minister (den ehemaligen sowie den derzeitigen Minister für Arbeit und Transport) müssen sich keiner parlamentarischen Untersuchung stellen. Ihnen wird vorgeworfen, die 300 Millionen Euro schwere Privatisierung des Flughafens Ercan (Tymbou) falsch gehandhabt zu haben. Der Antrag durch die stärkste Oppositionspartei CTP wurde mit 27 zu 20 Stimmen abgelehnt.

In einer Botschaft zum Anlass des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen sagte die Ehefrau des Präsidenten, Meral Akinci, dass der Tatsache, dass Frauen ermordet werden, nicht nur am 25. November gedacht werden müsse, sondern dies jeden Tag geschehen müsse. Sie betonte die schockierende Tatsache, dass 2015 laut einer öffentlichen Befragung eine von drei Frauen in der TRNZ körperlicher Gewalt ausgesetzt wurde. Außerdem kritisierte sie das Fehlen konkreter Schritte. „Trotz des 2015 verabschiedeten Gesetzes zur Einrichtung einer Behörde für die Gleichstellung von Männern und Frauen ist nichts geschehen.“ Sie werde die Schritte, welche im Rahmen des kürzlich angekündigten Fünfjahresplans zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt eingeleitet worden seien, „aufmerksam beobachten“. Man müsse endlich akzeptieren, dass es keine Gleichstellung gebe und die dementsprechenden politischen Maßnahmen ergriffen werden müssten. 2017 wurden bereits fünf Frauen von ihren früheren Partnern getötet, was die Gesamtzahl seit 2008 auf 17 anwachsen ließ.

Um den Tag des Lehrers am 24. November zu begehen, marschierten die Gewerkschaften der türkisch-zypriotischen Gymnasiallehrer zum Parlament, wo Gewerkschaftsführerin Selma Eylem eine Erklärung verlas. In dieser brachte die Gewerkschaft ihre Bedenken zum Ausdruck hinsichtlich der „Bemühungen zur Abschaffung eines säkularen, modernen, wissenschaftlichen Bildungssystems.“ Insgesamt seien die Mittel sehr beschränkt und es wurden weder neue Schulen gebaut, noch neue türkisch-zypriotische Lehrer eingestellt. Stattdessen würden neue Moscheen gebaut und Lehrer aus der Türkei in Bereichen eingestellt, in denen es keinen Lehrermangel gäbe.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Das Ministerium für Arbeit kündigte ein neues Online-Verfahren an, das darauf abzielt die Anträge für Arbeitsgenehmigungen für Ausländer zu vereinfachen. Das Ministerium führte auch Kennkarten ein, die dabei helfen sollen, illegale Arbeitsverhältnisse zu identifizieren. Nach Angaben des Ministeriums gibt es 56.000 ausländische Arbeitnehmer im Norden, wovon 73% aus der Türkei stammten. Insgesamt nahm die Zahl ausländischer Arbeitnehmer und Unternehmer zwischen 2012 und 2016 um 30,8% zu.

Laut einem Bericht der Tageszeitung *Kibris* sei eine große Anzahl ausländischer Studenten in den Universitäten eingeschrieben, die jedoch ihre Einschreibung „einfrieren würden“, um eine Vollzeitstelle anzunehmen. Oft würden diese Angestellten unterbezahlt, obwohl es Regelungen gebe, wonach ausländische Studenten höchstens vier Stunden täglich und 24 Stunden

pro Woche arbeiten dürften. Sowohl Gewerkschaften wie Universitäten beschuldigen das Ministerium für Arbeit, die notwendigen Kontrollen nicht durchzuführen.

Das Parlament verabschiedete einen Gesetzesentwurf, wonach 1.000 zeitlich befristeten Angestellten des öffentlichen Dienstes eine Festanstellung zugesprochen wurde. Während dies von den meisten Gewerkschaften begrüßt wurde, kritisierte der Vorsitzende der größten Gewerkschaft für Angestellte des öffentlichen Dienstes, KTAMS, Ahmed Kaptan, diesen Schritt als einen „populistischen“ Schritt vor den Wahlen und verfassungswidrig.

Am 2. November organisierte der türkisch-zypriotische Ärzteverband (Tip-Is) einen Streik an allen Krankenhäusern und Gesundheitszentren, um auf den Personalmangel und die mangelnde Infrastruktur sowie die Rechte der Ärzte und andere rechtliche Probleme im Krankenhaus von Kyrenia aufmerksam zu machen. Der Vorsitzende des Verbandes, Sila Usar Incirli, sagte, dass das Krankenhaus in einem furchtbaren Zustand sei. Die Infrastruktur sei kaputt und es gebe nicht genug Ärzte und Pflegepersonal. Man müsse Patienten wieder wegschicken, was wiederum bedeute, dass die Regierung für die enormen Kosten an den privaten Krankenhäusern aufkommen müsse. Diejenigen, die Schichtdienste machen müssten, seien total erschöpft. Der Streik wurde nach vier Tagen beendet, nachdem der Verband und die Regierung „einige Fortschritte“ in ihren Verhandlungen verzeichnen konnten.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Dezember 2017

--- keine Veranstaltungen ---



Januar 2018

--- keine Veranstaltungen ---

Das FES-Newsletter-Team und das FES-Büro auf Zypern wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute für 2018.



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com